



# Enorme Energiepreissteigerung Kalte Jahreszeit wird teuer!

foto: jungwirth, www.bigshot.at



*Graz muss Gartenstadt bleiben. Das wünschen sich fast alle. Deshalb dürfen unsere Grünanlagen nicht zu Spekulationsobjekten werden.*

*Heizkosten und Benzinpreise explodieren. Das beschleunigt den Preisauftrieb. Deshalb fordert die KPÖ einen Inflationsausgleich. Das Geld dafür muss da sein. Schließlich machen Mineralölkonzerne Rekordgewinne. Und der Finanzminister schneidet über die Mehrwertsteuereinnahmen mit.*

Seite 3

## Die Krise der EU

Diskussion mit den EU-Abgeordneten Martin, Leichtfried, Wagenknecht

**29. 9. 2005, 19 Uhr**  
Kleiner Kammersaal,  
Strauchergasse 32

Seite 5

*Geben statt nehmen.*  
**kaltenegger**  
KPÖ

Da weiß man, was man wählt. Liste 5



MEINUNG

Von  
KPÖ-Wohnungsstadtrat  
Ernst Kaltenegger



## Wählen gehen wirkt!

Der Unmut über die herrschenden politischen Zustände ist groß. Viele Menschen wollen überhaupt nicht mehr zu Wahlen gehen. Sie hoffen, dass damit die herrschenden Parteien aufgerüttelt werden und sich vielleicht wieder besinnen. Eine trügerische Hoffnung, wie man weiß.

Schon in den letzten zwei Jahrzehnten ist die Wahlbeteiligung dramatisch zurückgegangen. Die Politik ist deswegen nicht besser geworden – im Gegenteil! Nach Wahlen finden die Nichtwähler höchstens nur noch am Rande eine kleine Beachtung. Dies ist kein Wunder, wird doch durch eine niedrige Wahlbeteiligung kein einziges Mandat weniger vergeben. Die Mandate für die Großparteien werden sogar billiger. So ist es schon vorgekommen, dass eine Partei zwar viele Stimmen bei der Wahl verlor, letztendlich aber sogar Mandate dazu gewonnen hat. Am Wahlabend konnte man sich dafür noch mit einem höheren Prozentanteil an den – viel niedrigeren – gültigen Stimmenzahlen brüsten.

Das freie und allgemeine Wahlrecht ist eine große Errungenschaft, die nicht leichtfertig aufgegeben werden sollte. Mit dem Stimmzettel kann man nur dann aufrütteln, wenn man ihn auch benutzt. Darum: Gehen Sie bitte zur Wahl – Sie haben eine wichtige Stimme!

### Manifest zur Wahl 05

Das Manifest der steirischen KPÖ zur Landtagswahl ist erschienen. Es kann im Internet unter <http://www.kpoe-steiermark.at> heruntergeladen oder bei der KPÖ-Graz, Lagergasse 98 a, 8020 Graz, Tel 0316 71 24 79 bestellt werden.



Schreiben Sie uns Ihre Meinung:  
Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91  
mail: [stadtrat.kaltenegger@stadt.graz.at](mailto:stadtrat.kaltenegger@stadt.graz.at)

## EU-Briefkästen: Regierung droht mit saftigen Strafen

Zahlreiche Menschen unterstützen die Aktion „Nein zu den EU-Briefkästen“. Dieser Druck von unten ist notwendig. Das neue Postgesetz, das mit 1. 1. 2006 in Kraft treten soll, sieht nämlich saftige Strafen vor, wenn ein Hauseigentümer die Briefkästen nicht umtauscht: Die Regierung droht eine Verwaltungsstrafe von „bis zu 30.000 Euro“ an, wenn jemand seinen Briefkasten nicht bis zum 30. Juni 2006 umtauschen lässt. Bei

den Strafen soll es eine Nachfrist von 6 Monaten geben.

Die Umstellungskosten werden mit 40 Euro pro Briefkasten beziffert. Auf alle Fälle wird diese Operation ein lukratives Geschäft für darauf spezialisierte Firmen. Laut „Kurier“ rechnet man mit einem Umsatz von 60 Millionen Euro!

Und all das nur, weil die EU vorschreibt, dass künftig auch private Anbieter Zugang zu den Briefkästen haben sollen. Die Kritik der Postbediensteten und auch von Wohnungsverwaltungen an diesem neuen Streich von EU und Regierung wurde bisher ignoriert.



Die überparteiliche Unterschriftenaktion: „Nein zu den EU-Briefkästen“ ist ein Versuch, die Kritik weiterzuführen. Unterschriftenlisten sind bei den Infoständen der Grazer KPÖ und in der KPÖ-Bezirksleitung Graz, Lagergasse 98a, Tel.: 71 24 79, erhältlich. Man kann auch im Internet unterschreiben: Auf [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

Die überparteiliche Unterschriftenaktion: „Nein zu den EU-Briefkästen“ ist ein Versuch, die Kritik weiterzuführen. Unterschriftenlisten sind bei den Infoständen der Grazer KPÖ und in der KPÖ-Bezirksleitung Graz, Lagergasse 98a, Tel.: 71 24 79, erhältlich. Man kann auch im Internet unterschreiben: Auf [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

## EU-Beamte: Pension mit 50!

Mit 50 Jahren können nach einer Sondervereinbarung EU-Beamte bereits in Rente gehen, um für neue Mitarbeiter aus den zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten Platz zu machen. Manche erhalten so eine Rente von 7500 Euro ab 50 Jahren. Wer am Stichtag der jüngsten EU-Erweiterungsrunde, dem 1. Mai 2004, 45 Jahre oder älter war oder 20 Dienstjahre absolviert hat, kann mit 50 Jahren in Pension gehen. Wer dies tut, muss mit Abschlägen rechnen. Unter bestimmten Umständen ist eine

Vorruhestandsregelung auch ohne Abschläge möglich.

Und noch ein Privileg gibt es: Gemäß dem neuen EU-Abgeordnetenstatut, das kurz vor der Sommerpause beschlossen worden war, müssen EU-Parlamentarier ab dem Jahr 2009 nicht mehr eigene Beiträge für ihre Pensionen zahlen. Diese werden vollständig aus dem EU-Budget getragen.

Derartige Privilegien gibt es im EU-Apparat. Gleichzeitig ist die EU mitverantwortlich für die Verschlechterungen im Pensionsrecht der Mitgliedsstaaten.

# Preisauftrieb muss abgegolten werden: Löhne und Pensionen kräftig anheben!

*Pensionsanpassungen von brutto 10 Euro und 30 Cent, Lohn-erhöhungen, die von der Inflation aufgefressen werden. An diese traurige Tatsache haben sich die Menschen gewöhnen müssen. Jetzt droht ein weiterer Einschnitt: Die steigenden Energiekosten beschleunigen die Inflation. Das spüren Menschen mit geringem Einkommen besonders stark. Sie geben einen großen Teil ihrer Barschaft für Wohnen, Essen und Heizen aus.*

## Heizkosten- zuschüsse

Die Stadt Graz bietet ab 19. September 2005 einen Monat lang allen, die eine Pension bis zur Höhe der Ausgleichszulage (662,99 Euro für Alleinstehende bzw. 1.030,23 Euro für Ehepaare) beziehen, einen Heizkostenzuschuss in der Höhe von 65 Euro an. Das gilt für alle Heizungen.

Anträge sind beim zuständigen Bezirksamt einzureichen. Achtung: Dieser **Heizkostenzuschuss** wird als **Gutschein** für Brennstoffhandlungen ausgegeben. Bei Strom, Gas oder Fernwärme wird die Zuzahlung direkt auf das Kundenkonto geleistet.

Ein weiterer Heizkostenzuschuss ist vom Land Steiermark in Vorbereitung und soll am 12. September 2005 in einer Regierungssitzung beschlossen werden. Anspruchsberechtigt sind hierfür nicht nur PensionistInnen, sondern alle Personen, die unter der Einkommensgrenze von 763 Euro für Einzelpersonenhaushalte (700 Euro für AlleinerzieherInnen) bzw. 1.185 Euro für Ehepaare und Haushaltsgemeinschaften (pro Kind + 222 Euro) liegen.

Die Höhe der Unterstützung wird für Öl bei 120 Euro und für alle anderen Brennstoffe bei 60 Euro liegen. Die Anträge werden ebenso im zuständigen Bezirksamt behandelt.

In den letzten Jahren sind die Bruttopensionen kaum erhöht worden. Netto hat es sogar einen Rückgang gegeben. Auch die Reallöhne sind nicht gestiegen. Und was meist verschwiegen wird: Die Höhe des Arbeitslosengeldes stagniert.

Jetzt droht eine neue Teuerungswelle. Als Begründung müssen die Treibstoffpreise und Naturkatastrophen herhalten. Die Verantwortlichen denken aber nicht daran, die riesigen Gewinne der Großunternehmer und insbesondere die Profite der Mineralölkonzerne auch nur anzutasten.

Aber man muss etwas tun, damit für die Menschen mehr herauskommt. Gehälter und Pensionen müssen kräftig angehoben werden.

Die KPÖ fordert deshalb:

- Lohn- und Gehaltserhöhungen, die die Inflation abgelten;
- Eine Pensionsanpassung, durch die der Lebensstandard der älteren Menschen gewahrt wird.

## Heizkostenzuschuss: Erster Schritt

Der Heizkostenzuschuss wird in der Steiermark um 20 % angehoben. Das ist eine Reaktion auf die gestiegenen Energiekosten und auf den Unmut der Menschen.

Die steirische KPÖ begrüßt diesen Schritt als positiv. Gleichzeitig sehen wir das als Beweis dafür, dass die Kaltenegger-KPÖ an einer sozialeren Ausrichtung der Landespolitik mitwirken kann, von außen – wie derzeit – und mit noch größerem Gewicht nach dem 2. Oktober im Landtag. Wir weisen darauf hin, dass die KPÖ bereits am 15. August dafür eingetreten ist, eine rasche Entscheidung in dieser Frage zu treffen. Für die unbürokratische Abwicklung dieses Zuschusses für die Bevölkerungsgruppen, die ihn am notwendigsten brauchen, ist die Einführung eines Sozialpasses für Menschen mit geringem Einkommen sinnvoll. Außerdem sollte man die Zweiteilung des Zuschusses (120 Euro für Ölheizung – 60 Euro für Gasheizungen und andere Heizformen) überdenken. Der Gaspreis ist bekanntlich an die Entwicklung des Ölpreises gekoppelt und steigt ebenfalls enorm an.



*Durch die hohen Ölpreise ist derzeit das Heizen mit Öl besonders teuer. Aber auch die Kosten für andere Heizungen werden nachziehen.*

**Die EU kommt  
uns zu teuer**



**-Privilegien  
-Rüstung  
-Sozialabbau**

halten nicht fest  
**kaltenegger**  
KPÖ

**Hochwasser:  
Gefahren  
waren  
bekannt**

Im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion über das Hochwasser in Graz erinnert die KPÖ daran, dass sie in den vergangenen Jahren im Gemeinderat mehrmals auf die Hochwassergefahr, vor allem im Raum Andritz, hingewiesen hat, beispielsweise in einer Anfrage am 7. November 2002, in dem die Umwandlung einer als Bauland ausgewiesenen Fläche im Gebiet des 100jährigen Hochwassers des Weizbaches als Freiland gefordert wurde. Der Vorrang von Profitinteressen vor dem Hochwasserschutz wurde von uns stets kritisiert.

Auch in der Diskussion um die Penneff-Gründe in Andritz war die KPÖ aktiv. Bereits 2001 stellten wir in einer Aussendung fest: „Andritz litt in den letzten Jahren unter einem höchst unorganischen Wachstum. Es wurden viele Wohnbaugroßvorhaben realisiert, die zu einer Überbelastung des Bezirks durch motorisierten Individualverkehr geführt haben. Selbst das Kanalsystem in Andritz muss aufgrund der starken Bautätigkeit in vielen Abschnitten als minderdimensioniert gelten. Dies führt unter anderem auch beim Projekt Prohaskagasse zu berechtigten Sorgen der Anrainer, welche bereits heute bei Starkregenereignissen unter Überschwemmungen ihrer Keller leiden.“

Warnungen hat es genug gegeben. Erst jetzt – nach dem großen Hochwasser – hat man im Raumordnungsbeirat des Landes den Beschluss gefasst, dass in hochwassergefährdeten Abschnitten künftig keine Bauten mehr genehmigt werden dürfen. Dieser Beschluss kommt reichlich spät.



# Nach dem Hochwasser: Schnelle Hilfe durch Grazer Wirtschaftsbetriebe

*Die Bediensteten der Grazer Wirtschaftsbetriebe zeigten sich nach dem Hochwasser spontan bereit, die betroffene Bevölkerung bei den Aufräumarbeiten zu unterstützen. In den ersten Stunden nach den Überflutungen meldeten sich fünfzig Mitarbeiter freiwillig zur Unterstützung der Feuerwehr.*

**KPÖ-Stadträtin Wilfriede Monogioudis: Rasche Hochwasserhilfe**



**Der Sternwirtweg in Mariatrost wird von den WB wieder gerichtet.**



**Nach dem Hochwasser: erhöhter Aufwand für die Wirtschaftsbetriebe.**

Ihnen folgten in den Tagen danach weitere Bedienstete, die Sondereinsätze zur Sperrmüllentrümpelung leisteten. In den am meisten betroffenen Bezirken Andritz und Mariatrost waren bereits nach wenigen Tagen mehr als 50 Tonnen Sperrmüll abtransportiert und entsorgt worden. Sehr stark betroffen war beispielsweise die katholische Kirche am Haberlandweg, die 12 Containerabfuhrungen dieser kostenlosen Hilfe in Anspruch nahm.

Bis zu 50 Bedienstete der Grazer Wirtschaftsbetriebe wa-

ren seit dem Hochwasserereignis täglich für die betroffene Bevölkerung im Sondereinsatz. Bis dato wurden extra dafür 1200 Arbeitsstunden aufgewendet bzw. geleistet!

## 110 Tonnen Sandsäcke

Nach der tatkräftigen Unterstützung der Betroffenen warteten auf die Grazer Wirtschaftsbetriebe aber nicht minder anstrengende Aufgaben auf öffentlichen Flächen. 110 Tonnen Sandsäcke mussten eingesammelt und abtransportiert und zahlreiche über-

schwemmte Straßen und Wege oft mühsam gereinigt werden. Die prominenteste Wegstrecke – die Grazer Murpromenade – war tagelang unter Wasser gestanden und konnte in kurzer Zeit wieder instandgesetzt werden.

An zahlreichen beschädigten Straßen sind allerdings starke Schäden entstanden – die Straßensanierungen in diesen Abschnitten werden sich daher noch über die kommenden Monate erstrecken.

## Volksbefragung zur Volksschule Ries 98% für Fortbestand!

Die Bezirksbefragung in Ries am 11. 9. zur Erhaltung der Volksschule brachte ein hervorragendes Ergebnis:

1020 Bürgerinnen und Bürger forderten mit ihrem JA den Weiterbestand (bei nur 8 Gegenstimmen), das sind 98,28 Prozent. Die Wahlbeteiligung betrug etwas über 24% - prozentuell bei wei-

tem mehr als z.B. die stadtweite Befragung über das Kunsthau für wenigen Jahren.

KP-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch: „Die Schule darf nicht geschlossen werden. Über 1000 Menschen im Bezirk fordern ein Umdenken von ÖVP und SPÖ. Politiker sollten bei sich sparen und nicht bei unseren Kindern!“

## Rat und Hilfe

**Mieterschutzverband  
Steiermark  
Sparbersbachgasse 61**

Tel. 38 48 30  
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)  
Sprechstunden – Bitte  
um tel. Voranmeldung!  
Öffnungszeiten:  
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr  
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr  
[www.mieterschutzverband.at](http://www.mieterschutzverband.at)

# Neue Reisepässe: Eine teure Sache

In der EU und damit auch in Österreich werden neue Reisepässe eingeführt, die den Vorgaben der EU-Terrorbekämpfer genügen müssen. Zuerst hieß es, dass die neuen Pässe schon im Oktober 2005 kommen würden. Jetzt hat man diesen Schritt auf Frühjahr 2006 verschoben.

Für die Bevölkerung bedeuten die neuen „Hochsicherheitspässe“ eine zusätzliche – auch finanzielle – Belastung. Auch Bedienstete der Stadt Graz im Service-Center befürchten Probleme.

Es fängt mit den sogenannten biometrischen Merkmalen an: Die neuen Pässe sollen ab 2006 ein digitales Foto enthalten. Jeder Pass wird mit einem Chip ausgestattet, auf dem ein digitales Bild gespeichert ist. Dieses wird dann bei der Passkontrolle mit den Gesichtszügen des Einreisenden abgeglichen.

Der Pass wird weiterhin im Servicecenter beantragt, wo das mitgebrachte analoge Passbild eingescannt wird. Dann werden die Daten an die Staatsdruckerei weitergeleitet, wo der in den Pass integrierte Chip „geladen“ wird, ehe er per Post zugestellt wird.

Dasselbe gilt bei alten Pässen, die „nachgerüstet“ werden sollen. Die Herstellung der Pässe dauert damit auf alle Fälle länger. Die Staatsdruckerei gibt an, dass die Verzögerung nur fünf Tage ausmachen wird.

Auf alle Fälle werden die neuen Reisepässe teurer. Derzeit sind zwei Varianten im Gespräch. Man überlegt, die Kosten für den Reisepass mit 69 Euro zwar gleich zu lassen, die Laufzeit der Reisepässe aber von 10 auf 5 Jahre zu verkürzen. Außerdem dürfen – von den USA vorgegeben – künftig keine Kinder mehr in den Reisepass eingetragen werden.

Wenn man einem Bericht der Tageszeitung „Die Presse“ vom 2. September 2005 glauben kann, überlegt man im Innenministerium als zweite Variante, die Gel-

tungsdauer bei 10 Jahren zu belassen, die Kosten für den Reisepass aber deutlich zu erhöhen.

Damit nicht genug: Ab 2008 soll jeder Reisepass mit einem zusätzlichen Merkmal ausgestattet werden. Wahrscheinlich wird das ein elektronischer Fingerabdruck sein.

Ab Oktober 2006 ist die visafreie Einreise in die USA nur mehr für BesitzerInnen der neuen Reisepässe möglich.



## Was auf der Strecke bleibt

Bei den neuen Reisepässen fallen zwei Interessen zusammen: Die USA und die Regierungen der EU-Staaten meinen, dass High-Tech-Pässe möglichen Terroristen das Leben schwerer machen werden. Und unsere Regierung sieht die Möglichkeit, bei den BürgerInnen kräftiger abzukassieren als bisher.

Auf der Strecke bleiben Kundenfreundlichkeit und Bürgernähe. Die Zentralisierung bei der Ausstellung der Reisepässe wird dazu führen, dass auch kleine Software-Probleme zu großen Verzögerungen führen. Die Ausgabe der Dokumente mit der Post ist ein Unsicherheitsfaktor, den man in Kauf nimmt. Die Bürger müssen mehr dafür zahlen, damit immer mehr in zentralen Dateien erfasst werden.

**Bitte vormerken:**

Einladung zur Podiumsdiskussion

## Die tiefe Krise der EU!

*Wohin steuert Europa, wohin Österreich?*

Darüber diskutieren die EU-Abgeordneten  
Sahra Wagenknecht (Die Linke.PDS),  
Jörg Leichtfried (SPÖ),  
Hans-Peter Martin (parteilos),  
Diskussionsleitung: Stadtrat Ernest Kaltenegger



**Kleiner Kammersaal, Strauchergasse 32, 8020 Graz**

**Freitag, 30. September 2005**

**Beginn: 19 Uhr • Ende: 22 Uhr**

# Stadtrechnungshof – wichtiger denn je! Keine Personaleinsparung!

Die Prüfberichte von Bundes- und Landesrechnungshof der jüngsten Vergangenheit haben uns gezeigt, wie wichtig unabhängige Kontrolle sein kann. ESTAG und Herberstein sind Tagesgespräch landauf – landab.

Der Grazer Stadtrechnungshof – ein unabhängiges Organ des Kontrollausschusses – hat in den vergangenen Jahren hervorragende und anerkannte Prüfberichte geliefert.

So wurden in der stadtbekanntesten Affäre eines Nobelfriseurs die Unregelmäßigkeiten im Grazer Handelsmarketing ININ aufgezeigt und noch größerer Schaden von der Stadt Graz abgewendet.

Nun soll, wenn es nach ÖVP und SPÖ geht, unter dem Vorwand der so oft strapazierten Aufgabenkritik die Prüfkapazität erheblich vermindert und zwei hochqualifizierte Mitarbeiter eingespart werden.



Sepp Schmalhardt ist KPÖ Gemeinderat und Betriebsrat bei den Grazer Stadtwerken

Dies wurde gegen die Stimmen der KPÖ beschlossen, obwohl schon bisher die Kapazität für eine rasche und aktuelle Abwicklung aller Prüfanträge nicht ausreichend war. So konnte ein wichtiger Auftrag zur Überprüfung der „Grazer Bau – und

Grünlandsicherungsgesellschaft“ vom September 2003 bisher nicht abgewickelt werden.

Weiters sind die Prüfung der Finanzlage der Stadt Graz, Steirischer Herbst NEU, Graz 2003, Projektkontrolle Keplerbrücke und Überprüfung des Jugendwohlfahrtsgesetzes noch nicht in Angriff genommen worden.

Eine Vielzahl von laufenden Prüfanträgen wie die Umbauarbeiten des Bürgermeisteramtes, Arche Noah, Literaturhaus u.a. warten auf Grund fehlender Prüfkapazität auf rasche Erledigung.

Ich verlange daher, dass der Stadtrechnungshof weiterhin mit dem notwendigen Personal ausgestattet ist. ÖVP und SPÖ sollen anstelle von Lippenbekenntnissen Taten setzen und endlich vorbehaltlos zu einer unabhängigen Kontrolle stehen.

## Feinstaub-Gesetz: Umgehen ist keine Lösung

„Feinstaub-Gesetz ist Gift für Standort Graz“ lautete vor Kurzem die Schlagzeile in einer Zeitung. Grund für die Aufregung ist eine Gesetzesnovelle, die besagt, dass in einem Gebiet, in dem die Grenzwerte für Feinstaubbelastung überschritten sind, keine weiteren Betriebe angesiedelt werden dürfen. Nun ist aber Graz



KPÖ-Gemeinderätin Mag<sup>a</sup>. Uli Taberhofer

flächendeckend Feinstaubbelastungsgebiet. Die anderen Parteien, allen voran die ÖVP, wollen die Novelle beeinspruchen oder gar die genaue Messtätigkeit in Graz bezüglich Feinstaub überdenken. Als KPÖ halten wir diese Vorgangsweise für problematisch. „Das Gesetz soll weder aufgehoben noch umgangen werden“, meint dazu KPÖ-Gemeinderätin Mag<sup>a</sup>. Ulrike Taberhofer. „Die bereits geplanten Maßnahmen gegen den Feinstaub müssen endlich konsequent umgesetzt werden. Denn wir wollen beides – nämlich Schutz der Umwelt und mehr Arbeitsplätze“.

## Pflegende Angehörige stärken!

Zirka 80% der Betreuungs- und Pflegearbeit wird von Angehörigen im Familienverband geleistet. Diese Arbeit wird überwiegend von Frauen (Töchtern) geleistet, und eine Überlastung der Betreuenden hat schwerwiegende Folgen.

Gefühle der Hilflosigkeit, des Alleingelassenseins, der Verständnislosigkeit belasten den ohnehin schweren Alltag noch zusätzlich!

Eine stärkende und unterstützende Organisation ist die Selbsthilfegruppe *Angehörige pflegebedürftiger Menschen*.

Nach dem Motto „Reden

hilft“ werden Erfahrungen ausgetauscht, Tipps und Wissen weitergegeben, entlastende und befreiende Gespräche geführt, spezifische Themen diskutiert, Fachleute eingeladen.

Die Teilnahme an den Gruppentreffen ist kostenlos, ein Vertretungsdienst zu Hause für die Zeit des Gruppentreffens wird organisiert.

**Die Selbsthilfegruppe trifft sich jeden zweiten Mittwoch im Monat um 18 Uhr in der Selbsthilfekontaktstelle/SBZ Maiffredygasse 4, 8010 Graz. Infos unter 0650/2696019 oder 0316/382131-12!**

## SPRECHTAGE

des Zentralverbandes der Pensionisten Graz

Montag bis Freitag  
von 9.30 bis 13.30 Uhr  
Do. 9.30 bis 17.00 Uhr  
Lagergasse 98a, 8020 Graz

**Tel. 71 24 80**

Wir helfen und beraten bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag auf „einmalige Unterstützung“
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen
- Jeden Donnerstag ab 14 Uhr geselliger Pensionistentreff im Karl-Drews-Klub im Volkshaus in der Lagergasse 98a, 8020 Graz, Linie 5

## Schützenhofgasse: Entscheidung steht noch aus

Die drohende Gefahr eines Abbruchs des Objektes Schützenhofgasse 25/27 ist noch nicht gebannt. Auf Wunsch der SPÖ soll Landeskonservator Bouvier ein Obergutachten als Entscheidungshilfe für die Berufungskommission erstellen. Die KPÖ hat diesem Vorschlag zugestimmt, obwohl für sie die Sache klar ist.

KP-Gemeinderat Andreas Fabisch: „Wir hätten ein drittes Gutachten nicht benötigt. An unserer Meinung, dass der Abbruch falsch ist, hat sich nichts geändert!“

# Meinung sagen Wählen gehen

[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

Was sollen sich Arbeitslose, Mindestrentner oder Verkäuferinnen denken, wenn sie jetzt hören, wie in der Angelegenheit ÖVP – Hirschmann riesige Beträge hin- und hergeschoben worden sind.

Die bekannt gewordenen Zustände im Umfeld der steirischen Spitzenpolitik übersteigen das Fassungsvermögen von Menschen, die sich darum sorgen müssen, wie sie das Geld für Essen und Wohnen aufbringen.

Sie zeigen auch, wie berechtigt die Kritik ist, welche die Kaltenegger-KPÖ in ihrem Manifest zur Landtagswahl an den Zuständen in der Steiermark übt:

*Für die „Gräfin“ Herberstein hat man Millionen parat, wichtige Initiativen im Sozial- und Kulturbereich müssen um ihr Geld zittern. Die Abfertigungen und die Gehälter der ESTAG-Manager machen riesige Summen aus, während viele Pensionis-*

*ten nicht mehr wissen, wie sie Heizkosten und Essen finanzieren sollen. Haarsträubende Privilegien werden als normal empfunden und sind rechtlich abgesichert. Gleichzeitig gibt es eine Belastung nach der anderen für die arbeitenden Menschen und für die Masse der Pensionisten.*

Dieses Hin und Her zwischen Politik, und Vorstandsposten und wieder hin zur Politik und auch Schweigegelder in Millionenhöhe, ist ein Teil der unsozialen Gesellschaftsordnung, in der wir leben. Es ist aber völlig entfernt vom Leben der Mehrheit der Menschen in unserem Land.

Das Kapital will den

Lebensstandard der arbeitenden Menschen senken, damit maximale Profite erzielt werden können. Parade-Unternehmer Mirko Kovats hat das in einem Interview mit der Zeitschrift Format deutlich ausgesprochen: „Die Leute sind heute ja sehr verwöhnt. ... Die meisten haben genug Reserven, 5000 Euro im Jahr

„Nicht zur Wahl zu gehen, bedeutet Danke zu sagen zu den herrschenden Parteien, denn es wird sich einfach nichts ändern.“

„Natürlich müssen die Sozialstandards spürbar sinken, und der Staat muss massiv abspecken.“

weniger auszugeben. So wird es auch kommen.“  
Format: Urlaub nur noch für Reiche?

Kovats: „Man kann sich auch in Jesolo statt in Übersee erholen. Das ist doch keine Katastro-

„Ich bin ein strikter Gegner des 13. und 14. Gehalts“.

„Wir brauchen in Österreich einen Niedriglohnssektor“.

(Quelle: Format, 34/05)



AMTLICHER STIMMZETTEL  
für die  
Landtagswahl am 2. Oktober 2005  
WAHLKREIS 1

Liste Nr.	Für die jeweilige Partei im Kreis ein 'X' eintragen!	Kurzbezeichnung	Parteiabkürzung	Bezeichnung eines Bewerbers durch den Wähler
1	<input type="radio"/>	ÖVP	Österreichische Volkspartei	
2	<input type="radio"/>	SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs	
3	<input type="radio"/>	FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs	
4	<input type="radio"/>	ÖRN	Österreichischer Nationalrat	
5	<input checked="" type="radio"/>	KPÖ	KOMMUNISTISCHE PARTEI ÖSTERREICHS - ERNEST KALTENEGER	Kaltenegger
6	<input type="radio"/>	ÖABG	Österreichischer Arbeiter-Bund	
7	<input type="radio"/>	ÖBdU	Österreichischer Bauernbund	
8	<input type="radio"/>	ÖBdL	Österreichischer Bauernbund	

## STÜBINGGRABEN: Ein Tal wehrt sich gegen Lärm und Staub

Einige tausend Bewohner der Gemeinden Großstübing und Deutschfeistritz-Kleinstübing fürchten, dass nach der Landtagswahl der große Hammer auf sie niederfällt: die Vorbereitungen für die Errichtung eines großen Steinbruchs im Jodlgraben an der Westflanke des Mühlbacherkogels, eines beliebten Wandergebietes nördlich von Gratwein-Rein.

silva phOto-art



Empörung herrschte vor einigen Monaten, als bekannt wurde, dass bald täglich dutzende schwere LKW durch das schmale Tal brausen sollen. Lärm und Staub wären Alltag für die Dörfer und Siedlungen, Unsicherheit entlang den Schulwegen. Im Gebiet nördlich von Graz mit seinen riesigen Steinbrüchen entstünde eine weitere Quelle für die Staubbelastung der Stadt.

Die Bewohner haben es nicht widerstandslos hingenommen. Eine Bürgerinitiative entstand, tausende Unterschriften wurden gesammelt, die Bürgermeister Stampler (Großstübing) und Platzer (Deutschfeistritz) intervenierten bei der Landesregierung. „Alle Parteien haben Hilfe zugesagt“, erzählt Stampler. Ob das auch nach der Landtagswahl der Fall sein wird, lässt er mit Achselzucken offen. Bisher gibt es keine offizielle Information durch Bezirkshauptmannschaft oder Landesregierung, ob überhaupt schon ein Genehmigungsverfahren läuft. Dabei handelt es sich um ein Landschaftsschutzgebiet (Bundesgesetz). Aber die Gemeinden sollen wohl vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

### Helfen!

Was an Schwerverkehr auf den Stübinggraben zukommen würde, lässt sich an einer schon vor Jahren von der BH genehmigten Deponie von Aushubmaterial auf dem Grundstück eines Nebenerwerbsbauern bei Großstübing ermessen: Bis 2009 läuft ein Bescheid, nach dem an manchen Tagen dutzende Schwerlaste über die Landesstraße rollen dürfen, die nicht für solche Belastungen gebaut wurde.

Die marktwirtschaftlichen Freiheiten und das neue Berggesetz lassen den Anrainern kaum eine Chance, es sei denn, sie nehmen die demokratische Willensbildung selbst in die Hand, sollte sich private Gewinnsucht – in diesem Falle der Besitzerin des Jodlgrabens und weiterer Waldgebiete – mit Macht durchsetzen wollen.

Eines ist sicher: Die BürgerInnen des Stübinggrabens werden viel Solidarität brauchen. Die sollte auch von den hunderttausenden Menschen im Raum Graz kommen, denn deren Belastung durch Verkehrslärm und Staub hat bereits die Grenzen des Erträglichen überschritten.

# Rückersatz bei Soz abschaffen!

## KPÖ-Kandidatin Karin Gruber schlägt

Die Grazer Sprengelsozialarbeiterin und Kandidatin der Liste KPÖ-Ernest Kaltenegger im Wahlkreis Graz, Karin Gruber, stellte auf einer Pressekonferenz in Graz Forderungen der KPÖ für den Sozialbereich vor:

### 1. Abschaffung des Rückersatzes im Bereich der Sozialhilfe!

Es ist derzeit so, dass Sozialhilfe rückersatzpflichtig ist. Das heißt, dass der Sozialhilfebezieher selbst, sobald er wieder eine Arbeit und damit ein Einkommen hat, die zuvor bezogene Sozialhilfe in Raten wieder zurückzahlen muss. Es ist für Menschen, die

sich vorübergehend in finanzieller Not befunden haben, demotivierend, wenn sie – sobald sie wieder Arbeit gefunden haben – vom Sozialamt eine Aufforderung zum Rückersatz bekommen.

Der Rückersatz bezieht sich aber nicht nur auf die Sozialhilfebezieher selbst, sondern auch auf deren Angehörige: Eltern sind für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern rückersatzpflichtig.

silva phOto-art



Die Rückersatzpflicht bei der Sozialhilfe soll abgeschafft werden!



# ialhilfe



## Änderungen vor

### 2. Für ein bundeseinheitliches Sozialhilfegesetz

Wir als KPÖ sind für ein bundeseinheitliches Sozialhilfegesetz – was im Tierschutz nach jahrelangem Bemühen gelungen ist, ein bundeseinheitliches Tierschutzgesetz, sollte auch in der Sozialhilfe möglich sein.

### 3. Befreiung vom Spitalskostenbeitrag auch für mitversicherte Angehörige

Eine weitere Forderung ist die Befreiung vom Spitalskostenbeitrag nicht nur für Versicherte, die von der Rezeptgebühr befreit sind, sondern auch für deren mitversicherte Angehörige.

### 4. Sozialpass

Da der Mensch nicht nur vom Brot allein lebt: Ein **Sozialpass** soll eingeführt werden: Personen mit niedrigem Einkommen (z.B. rezeptgebührenbefreite Personen) bekommen einen Sozialpass, mit welchem sie kostenlos diverse kulturelle Veranstaltungen besuchen können (Theater, Oper, Konzerte). Dieser Sozialpass soll ebenso zu einem kostenlosen oder stark ermäßigten Eintritt in Bädern und Thermen berechtigen, sowie zu verschiedenen Einrichtungen der Erwachsenenbildung (Volkshochschule, Urania etc.).

## Sachpolitik für die arbeitenden Menschen statt Spekulationen um Posten

Für die Zeit nach dem 2. Oktober ist eine große Koalition von ÖVP und SPÖ am wahrscheinlichsten. Kaltenegger weist laut APA darauf hin, dass ÖVP-Klubchef Christopher Drexler bereits avisiert habe, nicht auf die Stimmen der Kommunisten bauen zu wollen – „was wir wohlwollend zur Kenntnis genommen haben.“ Der KP-Stadtrat ist dennoch vorsichtig: „**Wir sind weder vom Freundeskreis Waltraud Klasnic, noch vom Hilfsverein Franz Voves**“.

In einem ORF-Interview sagte Kaltenegger deshalb: „Es wird die Landeshauptmannfrage zwischen diesen zwei Parteien entschieden und wir werden beide respektieren und versuchen, unsere Politik im Interesse der arbeitenden Menschen und der sozial Schwachen zu machen. Man wird also sehen, mit welchen Vorschlägen die Vertreter kommen, dann wird man die Entscheidung treffen. **Blanko-Scheck gibt es sicher keinen**“, so Kaltenegger.

# Unterhaltung ist wichtig...

Unterhaltung ist wichtig, aber nicht alles darf zur Unterhaltung werden, sonst amüsieren wir uns zu Tode, wie Neil Postman meint: „Wenn ein Volk sich von Trivialitäten ablenken lässt und das kulturelle Leben bestimmt wird als eine endlose Reihe von Unterhaltungsveranstaltungen, als gigantischer Amüsierbetrieb, wenn der öffentliche Diskurs zum unterschiedslosen Geplapper wird, kurz, wenn aus Bürgern Zuschauer werden und ihre öffentlichen Angelegenheiten zur Varieté-Nummer verkommen, dann wird das Absterben der Kultur zur realen Bedrohung“. Das alte Rom kommt in den Sinn, das Rom der Verfallszeit. Je schlechter es dem Imperium ging, desto mehr (Brot und) Spiele gab es, desto höher wurden die Sensationen gepeitscht. Es kam zu einer „kollektiven Konzentration der Massen auf flüchtige Eintagsvergnügungen aller Art“. (Lewis Mumford) Und heute? Manfred Prisching spricht von einer Fun-Gesellschaft. „Sein Vergnügen will man doch haben. Alles andere wäre schwerfällig. Verlangt wird Vergnügen. Witz, Ironie und Spiel. Das finden auch die Jungen cool. Die Politik orientiert sich deshalb am Disneyland. Sie hat erkannt, dass die Wähler Brot und Spiele wollen“. Das lässt die Probleme vergessen, damit werden die Menschen vernebelt, wie Jean Ziegler meint. Für Ziegler stehen wir vor einem Zivilisationsbruch. Der globale „Raubtierkapitalismus“ degradiert den Menschen vom Subjekt zum Funktionsträger, der Totale Liberalismus und die Unterwerfung unter die „Naturgesetze“ der Wirtschaft werden zelebriert und praktiziert. Und so wimmelt es in Österreich, einem Land ohne die geringste Tradition von Liberalismus, laut Robert Menasse, auf einmal von Liberalismusexperten, die jeden, „der nicht augenblicklich bei jeder Privatisierung Hallelujah ruft“ verdächtigen, einen „totalitären“ Staat zu ersehnen.



Gerhard M. Dienes, ist einer der Spitzenkandidaten der Liste 5, KPÖ – Ernest Kaltenegger

Die Privatisierung hat längst auch die Kultur erfasst, die Theater, die Ausstellungshäuser, für die immer mehr nur die BesucherInnenquote zählt, und sie hat die Museen zum „Kommerz verdammt“.

Kultur und Wirtschaft, Symbiose ja, Unterwerfung nein, denn sonst wird Kultur nach dem Grad der Dienstleistung und des Warenangebots gemessen, die Straße, das Shopping, das Bistro- und Discogewerbe, der Zirkus ziehen in die Häuser der Kultur ein. Wir müssen mit uns ins Gericht gehen, fordert Eduard Beaucamp und der Kultur ohne Kosten-Nutzen-Rechnung ihren absolut notwendigen Platz einräumen. Kultur darf nicht zur manövrierbaren Geschäftsmasse verkommen, nicht zur leeren Sucht nach dem Neuen, in ihr darf nicht nur der „Kick“, das Schreiende und Massenanziehende zählen. Vielmehr ist Otto Breicha zuzustimmen, der sagte:

„In einer Zeit, da die Kunst eher laut daherkommt, sich in Betriebsamkeit auflöst und immer mehr Ausstellungen zu ‚Events‘ werden, kann nur ein bewusstes Sich-heraus-Nehmen aus dem Lärm die Stille und damit das Schöpferische retten.“



**kaltenegger**  
KPÖ

Da weiß man was man wählt ...



www.kpoe-steiermark.at

## Vorgezogener Wahltag am 23. September Wahlkarten: Wählen nur in der Steiermark möglich

Am 23. September muss jede Gemeinde ein Wahllokal von 18 bis 19 Uhr öffnen, um denjenigen, die am Wahltag nicht in der Steiermark sind, die Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen. Jeder, der am 23. September wählen will, muss bis 20. September eine Wahlkarte anfordern.

### Wahlkarten müssen angefordert werden

Wer am Wahltag oder am vorgezogenen Wahltag (23. September) nicht in seiner Heimatgemeinde ist, kann eine Wahlkarte beantragen und damit seine Stimme abgeben. Allerdings muss man sich dafür in der Steiermark aufhalten.

Wahlkarten für Wähler, die sich am Wahltag in anderen Bundesländern oder im Ausland aufhalten, gibt es bei der Landtagswahl nicht; das ist nur bei der Nationalratswahl möglich. Auch

Wahlkarten, die man per Post in die Gemeinden schickt – wie etwa bei Nationalratswahlen –, gibt es bei der Landtagswahl nicht.

Wahlkarten können bis drei Tage vor der Wahl beantragt und dann in jedem Wahlkartenlokal innerhalb der Steiermark abgege-

ben werden. Man geht entweder persönlich in sein Gemeindeamt, oder beantragt die Wahlkarte in der Stadt Graz schriftlich, telefonisch, oder per E-Mail.

Wähler, die etwa aus gesundheitlichen Gründen nicht zu den

Wahlurnen gehen können, haben ebenso die Möglichkeit, bis drei Tage vor dem Wahltermin (29. September) eine sogenannte fliegende Wahlbehörde und eine Wahlkarte zu beantragen.

In diesem Fall kommen Wahlhelfer zum Wähler nach Hause.



AMTLICHER STIMMZETTEL  
für die  
Landtagswahl am 2. Oktober 2005  
WAHLKREIS 1

Stimmzettel-Nr.	Partei	Parteiabkürzung	Stimmgebung eines Wählers durch Ankreuzen
1	ÖVP	ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI	
2	SPÖ	SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI	
3	FPÖ	FREIHEITSPARTI	
4	ÖVP	ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI	
5	KPO	KOMMUNISTISCHE PARTI ÖSTERREICH - ERNEST KALTENEGER	Kaltenegger
6	ÖVP	ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI	
7	SPÖ	SOZIALDEMOKRATISCHE PARTI	
8	FPÖ	FREIHEITSPARTI	

### 16– 18jährige: diesmal nicht

Bei der Gemeinderatswahl im März (außer Graz) wurden die 16 bis 18 jährigen Wähler/innen noch zur Wahlurne gerufen.

Bei der Landtagswahl dürfen viele dieser 16 bis 18 jährigen nicht mehr wählen gehen. Ein weiteres Beispiel für die Inkonsequenz der Landesregierung.

In der Spalte rechts am Wahlzettel können Sie eine Vorzugsstimme vergeben. Vielleicht wollen Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen!



fürchtet euch nicht  
KPO

## T-Shirts, Buttons, Werbematerialien



Auch die KPÖ-Ernest Kaltenegger hat ein bescheidenes Repertoire an Werbematerialien aufzuweisen. Wer den Wahlkampf der KPÖ unterstützen möchte, kann kostenlos Flugblätter und Buttons („Vota Comunista“; „Fürchtet Euch nicht“) bestellen. Die T-Shirts mit dem Aufdruck „Vota Comunista“ (links) gibts in weiß, grau und schwarz in den Größen S / M / L / XL, sie kosten 8,50 Euro pro Stück. T-Shirts mit dem KPÖ-Frauenlogo (rechts) gibt es ebenfalls. **Bestellungen: Tel. 0316/ 71 24 79 oder 0664 / 1209 700, Fax 0316 / 71 62 91 oder auf der Website www.kpoe-steiermark.at**



## Es geht um Posten

Franz Voves hat klar gesagt, warum er will, dass die SPÖ stärker wird: „Ich arbeite ja immer noch auf das große Ziel hin, dass wir fünf Landesräte haben. Wir dürfen nicht vergessen, was das mit sich bringt, eine relative Mehrheit zu haben: Wer wird Erster Präsident im Landtag? Wer wird Landesschulratspräsident? Dritter Präsident? Es tun sich ganz andere personelle Möglichkeiten auf, wenn wir unser Traumziel erreichen.“ (Interview mit der Zeitschrift Falter 34/2005).

Es geht den Großparteien vor allem um das Verteilen von Posten an Gefolgsleute. Danke für die offenen Worte.

# Armut in der Steiermark: Herr Erich erzählt

*Eine halbe Million Menschen in Österreich sind arm (Einkommen unter 780 Euro), rund eine Million armutsgefährdet. Das sind knapp 20% der Bevölkerung unseres reichen Landes. Hinter diesen unpersönlichen Zahlen verbergen sich immer persönliche Schicksale. Eines davon erzählt uns Erich (57), ehemaliger LKW-Fahrer, Leiharbeiter, dann Arbeitslosen- und Notstandsbezieher und jetzt „Invaliditätspensionist“.*

Ein halbes Jahr lang wohnt Erich nun in einer Gemeindeförderung. Und ist heilfroh, nur 150 Euro Miete und 75 Euro Strom zahlen zu müssen. Dafür nimmt er die zugigen Fenster gerne in Kauf. 690 Euro im Monat hat er zur Verfügung, 400 Euro Invaliditätspension und 290 Euro Ausgleichszulage. Nach Abzug der Fixkosten (Wohnung, Strom, Handy, ein alter Kredit, Unfallversicherung), Essen (100 Euro, wenn er nur zum Vinzmarkt geht) und Rauchen (150 Euro) bleiben ihm 70 Euro zum „Verprassen“.

Das sind zwei Euro am Tag. Damit geht's manchmal ins Wirtshaus ums Eck. Passieren darf nichts, eine kaputte Wasch-



Von Michaela  
Ulrich

maschine etwa. Einmal, erzählt Erich, hat ihm der Kaltenecker schon mit 70 Euro ausgeholfen. Da hatte er eine horrende Stromrechnung, weil der Durchlauferhitzer kaputt wurde.

Vieles in seiner Wohnung hat er geschenkt bekommen, die Möbel, den Computer, den Fernseher; manchmal borgt er sich Geld von seiner betagten Mutter, obwohl sie selbst nicht viel hat.

Wie ist Erich in diese Situation geschlittert? Auch er war einmal jung, gesund und hat gut verdient. 30 Jahre fuhr er mit dem LKW im In- und Ausland, vor allem in Saudi-Arabien. Das Grundgehalt in der LKW-Branche war in den 70ern schon niedrig. Mit 50 kehrte er nach Graz zurück und wurde von verschiedenen Personalleasingfirmen als Hilfskraft am Fließband vermittelt.



„Saufirmen“ sind das zum Großteil, erzählt er. Hielten ihm den Lohn drei Monate zurück. Dann hatte er einen Unfall, fiel von der Leiter. Mit 53 Jahren. Er durfte keine schweren Sachen mehr heben. Arbeitslosigkeit,

Notstand. Aussichtslos, erzählt er, eine Arbeit als LKW-Fahrer zu bekommen. Zu alt, lautet das Argument. Frühpension?

Zu wenig Versicherungsmonate; Die Invaliditätspension bekommt er nur auf ein Jahr befristet. Dann muss er erneut eine Unzahl an ärztlichen Untersuchungen über sich ergehen lassen.

Was sind seine Wünsche für die Zukunft, frage ich ihn. Er grinst schelmisch und meint: „A neue Festplatte, a Druckerpatrone und einen Job als Pförtner.“

## Gemeindebau vor dem Verkauf? VP will Wohnungen ehebdigst verkaufen

*Der Politstreit um den Verkauf der Gemeindeförderung geht in die nächste Runde! Grund: In Klagenfurt wollen ÖVP und SPÖ ca. 3.300 stadteigene Wohnungen verkaufen.*

Und geht es nach der Grazer VP, soll dies auch bei uns baldigst über die Bühne gehen. „Es wird noch immer mit Karteikarten gearbeitet. Wir wollen eine moderne Verwaltung unserer Wohnungen und dies geht nur durch eine Ausgliederung“, argumentiert VP-Wohnungssprecher GR Gerhard Spath. Mieterhöhungen lehne man grundsätzlich aber ab.

Wenn doch, sollen sie durch eine spezielle Mietenförderung

abgegolten werden. Auch müsse den Mietern die Möglichkeit geboten werden, ihre Wohnungen zu kaufen. Derzeit warte man aber noch auf zielführende Vorschläge seitens des Wohnungsstadtrats.

„Meine Vorschläge – Wohnungsverwaltung nach dem Wiener Modell, moderne EDV-Ausstattung, Wohnungsamt neu – liegen seit Wochen auf dem Tisch, werden aber wegen der bevorstehenden Landtagswahl

totgeschwiegen“, erklärt ein sichtlich verärgertes KPÖ-Wohnungsstadtrat Ernest Kaltenecker.

Einem Verkauf zur Sanierung des Stadtbudgets gebe er keinesfalls seine Zustimmung.



Gemeindeförderung Hermann-Löns-Gasse

## Medizinuni: Keine Vorlesungen für Erstsemestrige Studium nur übers Internet möglich

*Scharfe Kritik an den unzumutbaren Zuständen an der Medizinischen Uni Graz übt der Studienvertreter für Humanmedizin, Sebastian Wisiak (KSV).*

An der Medizinischen Universität Graz sind für diesen Herbst bereits fast 3.000 Studierende vorangemeldet. Im Jänner findet ein Auswahlverfahren statt, das nur den besten 100 ein Weiterkommen erlaubt. Bis dahin wird den Studierenden keine einzige Vorlesung und kein einziges Praktikum geboten. Unterrichtet wird ausschließlich über das Internet. Dabei verdient die Uni allein an den Studiengebühren der Erstsemestrigen über eine Million Euro! Hinzuzurechnen sind noch die Einsparungen an den Personalkosten, für die bisher täglichen Praktika. Wenn von Seiten der Universitätsführung behauptet wird, man wolle den freien Hochschulzugang erhalten, geht es in Wahrheit nur um plumpe Geldbeschaffung.

Eine weiterer Missstand ist darin zu sehen, dass der EMS-

Test, der einen großen Teil des Auswahlverfahrens ausmacht, von einer privaten Firma gemacht wird, die dazu kostenpflichtige Seminare im Bereich von 500 – 790 Euro anbietet. Eine andere Vorbereitung darauf ist nicht möglich, weil kein vergleichbarer Test vorliegt!

Wenn man die Puzzleteile zusammensetzt, ergibt sich ein klares Bild davon, wie die Zusammensetzung der Studierenden aussieht, die auch im 2. Semester studieren werden. Denn es wird

sich darunter kaum jemand finden, der/die nicht von zu Hause mit großzügigen finanziellen Mitteln unterstützt wird.

Wisiak: „Wir fordern daher die Uni auf, die Studiengebühren zurückzuzahlen und ein Ausbildungssystem zu schaffen, das Studierende aus sozial schwächeren Schichten nicht benachteiligt.“ Die steirische KPÖ unterstützt diese Forderung und fordert eine bessere finanzielle Ausstattung der Universitäten.



*Uni-Klinik: Studentenvertreter übt Kritik am Medizinstudium*

## New Orleans: Präsident Bush ließ Geld für Dämme streichen US-Kommunisten zeigen Ursachen der Katastrophe auf

Eine ungeheure Katastrophe zerstörte die Stadt New Orleans. Immer mehr kritische Stimmen klagen die Regierung des Kriegspräsidenten Bush für ihre schweren Versäumnisse an – darunter auch die Kommunisten der USA: Der US-Kongress hat auf Verlangen von Präsident Bush den Pioniertruppen ein 70-Millionen-Dollar-Budget gestrichen, das für die Verstärkung der Dämme vorgesehen war, die New Orleans schützen sollten. Seit Jahren haben Ingenieure davor gewarnt, dass der Bruch der Dämme eine vorhersehbare Katastrophe war. Bush brauchte das Geld, um die Besetzung des Irak und die Steuersenkung für die Reichen zu finanzieren. Während für die Katastrophenhilfe im Süden der USA jetzt nur vergleichbar geringe Summen aufgebracht werden sollen, hatte man sofort 200 Milliarden Dollar bereit, um die Fortsetzung des Krieges im Irak zu finanzieren.“

Am 24. September findet eine große Anti-Kriegsdemonstration in Washington statt.

## Doppelt ungerecht



**Kommentar von Hanno Wisiak**

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden. Die Bundesregierung buckelt nach oben und tritt nach unten. Die Unis sind dazu „gezwungen“, Studienplätze zu limitieren, weil die Regierung nicht willens ist, ausreichend budgetäre Mittel zur Verfügung zu stellen. Nach dem SP-VP-Sparpaket von 1996, der Einführung der Studiengebühren, dem UG02 ist das nun der nächste Streich in der Aushebelung des offenen Hochschulzugangs. Alle Maßnahmen fanden natürlich den Beifall der Herrschenden in Brüssel. Österreich ist 1995 mit dem Beitritt zur EU auch dem Ende des freien Hochschulzugangs beigetreten.

Mit der Beschränkung von acht Studienrichtungen ist aller-

dings auch der Damm gebrochen. In zwei Jahren wird der Ruf nach Zugangsbeschränkungen für andere „überlaufene“ Zweige laut werden. Dass die Regierungen – egal welcher Couleur – diesem Ruf folgen werden, kann wohl niemand ernsthaft in Zweifel ziehen.

Doppelt unter die Räder kommen jetzt auch einige Studierwillige durch den Modus der Aufnahmeprüfungen in einigen Grazer Fächern. So ist beispielsweise der Maturastoff aus den Fächern Mathematik, Englisch, Deutsch und Biologie Inhalt der Aufnahmeprüfungen am Grazer Psychologie-Institut. Das benachteiligt nicht nur Erstsemestrige, die aus Schulen mit wenig

naturwissenschaftlicher Bildung kommen, sondern v.a. Menschen, die beispielsweise aus der Sozialarbeit kommen und somit fachlich hervorragend qualifiziert wären, deren Matura mitunter aber schon mehr als zehn Jahre zurückliegt. Eine Sonderregelung für solche Fälle wäre in den Verhandlungen mit dem Rektorat mit Sicherheit möglich gewesen. Das hat aber die rot-grüne ÖH-Führung versäumt. So wird nicht nur die Aufforderung zum „lebenslangen Lernen“ und zur „Weiterbildung“, sondern auch die „Chancengleichheit“ zur Farce.

*Hanno Wisiak ist Vorsitzender des Grazer KSV und Kandidat der KPÖ bei den Landtagswahlen.*

## Verschlechterung im Volksrechtegesetz:

*Bürger können Beschlüsse des Gemeinderates nicht mehr einer Volksabstimmung unterziehen.*

Bei der Novelle des steiermärkischen Volksrechtegesetzes haben die Landtagsparteien in der Sitzung vom 5. Juli 2005 die Möglichkeit für die Gemeindebürger abgeschafft, Beschlüsse des Gemeinderates einer Volksabstimmung unterziehen zu lassen, wenn genügend Unterschriften für dieses Ziel gesammelt werden. Künftig ist ein Beschluss des Gemeinderates notwendig.

In der Begründung des Antrages der Abgeordneten Mag. Christopher Drexler (VP), Walter Kröpfl (SP), Waltraud Dietrich (FP) und Franz Lafer (BZÖ), betreffend *Landesverfassungsgesetz, mit dem das Landes-Verfassungsgesetz 1960 und ein Gesetz, mit dem das Steiermärkische Volksrechtegesetz geändert wird*, heißt es: „Die Praxis hat gezeigt, dass die stimmberechtigten Gemeindebürger fast nie

*von der Möglichkeit, die Durchführung einer Volksabstimmung über einen Gemeinderatsbeschluss zu verlangen, Gebrauch gemacht haben.“*

Diese Begründung ist



*Ernest Kaltenegger wendet sich gegen den Demokratieabbau, der in vielen Bereichen stattfindet.*

eigenartig. Allein im Jahr 2004 hat es in Mürzzuschlag eine Volksabstimmung (3. Oktober 2004) zur Frage der Fußgängerzone gegeben, die von den Gemeindebürgern eingeleitet wurde. Genügend Unterschriften für eine Volksabstimmung in Sachen Umbau des Hallenbades sind 2004 auch in Eisenerz gesammelt worden. Diese Volksabstimmung wurde aber wegen eines Formalfehlers im Antragstext nicht durchgeführt.

Die Bestimmung über Volksabstimmungen, die von Gemeindebürgern

eingeleitet werden können, werden also in einem Moment abgeschafft, in dem die Bevölkerung vermehrt zu diesem Mittel gegriffen hat.

Besonders bedenklich wird der Beschluss in der letzten ordentlichen Landtagssitzung dieser Gesetzgebungsperiode dadurch, dass derzeit in Graz eine Bürgerinitiative Unterschriften gegen die Umwidmung von Grundflächen in Alt Grottenhof und gegen die Änderung des STEK sammelt. Eine rechtlich bindende Volksabstimmung darüber dürfte nach dieser Gesetzesänderung nicht mehr möglich zu sein.

Eine Information der Öffentlichkeit über diese gravierende Änderung des Volksrechtegesetzes hat nicht stattgefunden. Der Antrag wurde erst am 5. Juli in den Landtag eingebracht und sofort auf die Nachtragstagesordnung genommen. Die KPÖ tritt für die Rücknahme dieser Verschlechterung beim Volksrechtegesetz ein.

Ernest Kaltenegger: „Mit diesem Schritt will man die Möglichkeiten der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene einschränken. Während seinerzeit das Volksrechtegesetz mit großem Pomp eingeführt worden ist, hat man eine erhebliche Einschränkung der Volksrechte still und leise über die Bühne gebracht“.



Von Elke Kahr



Foto: Stadt Graz/Pachernegg

## Wann gehts uns allen gut?

„Gehts der Wirtschaft gut, gehts uns allen gut.“ Ich kann diesen Werbespruch schon bald nicht mehr hören. Die Unternehmer geben sehr viel Geld aus, damit die Mehrheit der Bevölkerung so denkt, wie sie wollen. Der „Wirtschaft“ soll es gut gehen. Deshalb ist es gut, wenn Konzerne keine Steuer mehr zahlen, deshalb ist es richtig, wenn immer mehr Arbeiter und Angestellte entlassen werden, deshalb kann man für die Verlagerung von Fabriken in ferne Länder nur Verständnis aufbringen. Wir sollen dafür danken, dass es Riesensubventionen für Androsch, Stronach oder Kovats gibt und gleichzeitig kein Geld für wichtige Sozialprojekte da ist.

„Gehts der Wirtschaft gut, gehts uns allen gut“. Darum sollen alle akzeptieren, dass Unternehmer und Manager immer höhere Gehälter haben, während die Arbeitslosen schauen sollen, wie sie weiterkommen. Und wir dürfen kein kritisches Wort sagen, wenn aufkommt, dass Wirtschaftskreise mit ihrem Geld manche Politiker kaufen wollen.

**A**ber Tatsachen sind wirksamer als Werbesprüche. Eine Welt, in der es allen gut geht, ist eine Welt, in der die „Wirtschaft“ nicht mehr bestimmen kann, was geschieht.

## Friedensvolksbegehren: Jetzt unterstützen!

Das Friedensvolksbegehren braucht österreichweit noch etwa 2000 Unterstützungserklärungen. Erst dann kann es im Frühjahr 2006 zur Unterzeichnung aufliegen. Dieses Volksbegehren steht in einem kompromisslosen Widerspruch zur Unterordnung Österreichs unter die Militarisierung der EU. Österreich beteiligt sich an den EU-Schlachtgruppen. Die Auslandseinsätze dienen auch der Vorbereitung von neuen Kriegen der Reichen gegen die Armen.

Unterschriftenbögen unter [www.friwe.at](http://www.friwe.at).

**In Graz kann man im Amtshaus, Schmiedgasse 26, III. Stock, Zimmer 357 unterschreiben.**

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 8 bis 13 Uhr.

**Außerhalb von Graz im Gemeindeamt.**

Wer etwas für die große Mehrheit der Bevölkerung erreichen will, muss der winzigen Minderheit der Reichen und der Superreichen etwas wegnehmen und die Macht des Kapitals zurückdrängen. Wir ersuchen Sie, diesmal die Liste 5 KPÖ-Ernest Kaltenegger zu wählen.

[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

Helfen Sie mit! Buttons und Material unter Tel. 71 24 79

**ANNONCEN**

**gesucht**

**Angebot**

Großfamilie sucht **Haus** langfristig zu mieten, Telefon 0316/914765.

Berufstätige Frau sucht **Wohnung** in Wetzelsdorf oder Eggenberg, Telefon 03136/82592 (abends).

Seriöser berufstätiger Herr sucht fürs Wochenende in Graz + Graz Umgebung ein **Häuschen mit Stromanschluss** und eventuell mit Dusche. Tel: 0676/ 940 96 25.

Suche **Wohnung** in der Innenstadt, ca. 50 m<sup>2</sup>, Telefon 282531 (abends).

Alleinerziehende Frau, 1 Kind, sucht **Wohnung**, 2 bis 3 Zimmer, Miete bis 350 Euro, inkl. unbefristet, Raum Wetzelsdorf, Straßgang, Seiersberg, Puntigam. Tel: 0699/ 102 192 48.

Suche ab November **Garcconniere** oder **Kleinwohnung** zirka 35m<sup>2</sup> mit Heizung (kein Strom oder Ofen), möbl. Küche, Bad/WC, Miete zirka 350 Euro inkl. Tel: 0664/19 391 37, E-mail:sevgi.ul@gm.x.de

Günstige **Kleinwohnung**, zirka 30m<sup>2</sup> für älteres Paar gesucht. Tel. 0676/ 79 044 69 Herr Joner Georgi.

Suche **Haus** im Osten von Graz zu mieten, Telefon 0650/282 7885 oder 82 7885.

Berufstätige Frau mit Kind sucht erschwingliche **Wohnung** in Graz, Telefon 0664/9301144.

**Entrümpelung und Ent-sorgungen** werden zu günstigen Bedingungen erledigt. Von Montag bis Freitag ab 14 Uhr unter Tel: 0664/ 877 57 91 Herr Kütük.

Wir suchen eine/n **Mitarbeiter/in** für unser Cafehaus (könnte auch übernommen werden). Tel: 0699 /122 55 971.

Suche dringend Arbeitskraft für **Gartenarbeiten** im Raum Gösting. Tel. 68 43 09.

Suche **für den Winter** Herrenschuhe Größe 40, Herrenwinterjacke Größe M, Damenstiefel Größe 37, Damenwinterjacke Größe 40. Tel. 0664/57 468 30 Frau Eisner.

Wir suchen für unsere 2 Buben (11 Jahre) in Kainbach bei Graz **Lernbetreuung**, täglich von Mo. bis Do. von 14 – 16 Uhr. Tel. 0699/17 30 38 02 oder 30 45 95 nach 16 Uhr. Fam. Scherz

**Übernahme Zustelldienste** von Graz aus Österreichweit (Gewerbeschein vorhanden) Ladefläche des Transporters 13 m<sup>3</sup> Tel. 0664 877 57 91 ab 15 Uhr

Suche **funktionstüchtigen Computer** (kostenlos) für Informatikstudium. Tel. 0664 877 57 91 ab 15 Uhr Pinar

**Pensionistentreffen**

Der Zentralverband der Pensionisten Österreichs

lädt zum **Kollegentreffen**  
am **Dienstag, den 20. September 05**  
im **Schilcherhof, Diatenberg**  
bei **Ligist ein**.

Anmeldungen unter 71 24 80, ausschließlich Dienstag und Donnerstag.

Und jeden Donnerstag ab 14 Uhr Pensionistentreff im **Karl-Drews-Klub** hinter dem Volkshaus in der **Lagergasse 98a**.



**CM05031** Tekenye bei Zalaszentgrót, HU, Thermalbadnähe, Neubau. 2 Zimmer, Bad/WC, Ess-/Wohnküche, Galerie, Kamin. 100m<sup>2</sup> Wfl., 949m<sup>2</sup> Grund. Tel 0664-4409036.

**€ 42.609**  
Kaufpreis + Nebenkosten

**casa mia**  
Casa Mia Hungary Bt. 9918 Felsőmarác, Fő út 66



**CM05177** Felsőmarác, Nationalpark Órség. 25km zur Grenze. Zimmer, Du/WC, Wohnküche. 60m<sup>2</sup> Wfl., 708m<sup>2</sup> Grund. Kaum Reparaturen. Tel 0664-4409036. www.casa-mia.

**€ 18.261**  
Kaufpreis + Nebenkosten

**casa mia**  
Casa Mia Hungary Bt. 9918 Felsőmarác, Fő út 66

*Geben statt nehmen.*  
**kaltenegger**  
KPÖ

Liste 5

Da weiß man, was man wählt. **KPÖ**

Impressum: Grazer Stadtblatt,  
Lagergasse 98a, 8020 Graz., Tel.  
71 24 79, Fax 71 62 91  
email: stadtblatt@  
kpoe-graz.at  
DVR: 0600008



**Red:Out!** Steiermark:  
Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat um 18:00 Uhr im "Harry's", Reit-schulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28

Entwicklungshilfe-Organisation sucht Kooperationspartner mit eigenem Klein-LKW für die regelmäßige Entleerung von Kleidersammelcontainern in Graz und Umgebung. Arbeitsaufwand derzeit zirka 20 Stunden pro Woche, ausbaufähig. Voraussetzung: absolute Verlässlichkeit, guter Leumund, Einsatzbereitschaft.  
Nähere Informationen: Katharine Feldmann, 0664/ 286 40 25

**Roter Freitag**



Eine Veranstaltungsreihe der **KPÖ Graz**  
Alle Veranstaltungen:  
Volkshaus – Karl-Drews-Club,  
Schützgasse 16/  
Lagerg. 98a,  
8020 Graz  
Beginn: 16:30 Uhr  
www.kpoe-graz.at

**Fr, 23. Sept. 2005**  
**„Wohnen: Ein Menschenrecht oder doch schon Luxus?“**

Was macht das Wohnen teuer? Wo können MieterInnen sparen? Wie kann ich die Betriebskostenabrechnung kontrollieren? Was ist bei neuen Mietverträgen zu beachten?  
Vortragender: Mag. iur. Alfred Strutzenberger (vom Büro Stadtrat Kaltenegger)

**Mi, 12. Okt. 2005**  
**„Palästina nach Arafat“**  
Der Abzugsplan aus Gaza, die Ära Arafat im Rückblick und die US-Außenpolitik im Nahen Osten.

Vortragender: Mag. jur. Andreas Sami Prauhart (ehemaliger Rechts- und Kommunikationsberater der PLO)

**FLAKER**

**Kutschenfahrten mit Schimmeln für alle Anlässe wie Hochzeiten, Jubiläen, Firmungen etc.**

**UITZ, Triesterstraße 380, 8020 Graz**  
Tel: 0316/ 24 12 47 od. 0699/ 111 00 862



## Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz  
Fax 71 62 91 e-post: stadtblatt@kpoe-graz.at

### Zusammenrücken nach der Wahl?

Nach außen hin wird wild gestritten. Immer mehr Anzeichen deuten aber darauf hin, dass die beiden Großparteien nach dem 2. Oktober in der Steiermark auf die seit Jahrzehnten übliche Weise zusammenarbeiten und Posten verteilen wollen. Es kommt ihnen nur darauf an, wer die Nase vorne haben wird. So kündigte VP-Klubobmann Drexler öffentlich an, „am ehesten mit der SPÖ und Franz Voves“

zusammenarbeiten zu wollen. Der SPÖ-Spitzenkandidat selbst hatte in einem Interview der „Zusammenarbeit der großen Lager“ den Vorzug gegeben und dies auch am Sonntag in Unterpremstätten wiederholt. Diese Aussagen sind deutliche Anzeichen dafür, dass nach dem schmutzigen Wahlkampf in der Steiermark bald wieder der politische Alltag einziehen dürfte, den wir schon kennen.

VP und SP kämpfen darum, wer mehr Sitze in der Landesregierung stellen und wer die

lukrativeren Posten besetzen kann. So einfach kann Politik sein, wenn man von den Wahlkampfstreitereien einmal absieht. Wir hoffen, dass die KPÖ auch auf Landesebene eine starke und initiativenreiche Kontrollfunktion erfüllt und die Menschen in der Steiermark darüber informiert, was die Großparteien mit ihnen vorhaben.

*Winfried Robin, Graz*

### Kein Umrühren in der Kloake

Stadtrat Kaltenegger tut wohl-tuend nicht mit, im Kloakenkübel umzurühren. Er hat es sicher auch nicht notwendig, andere Politiker „anzuschütten“. Er und seine Mandatäre im Gemeinderat Graz haben sich verpflichtet, einen großen Teil ihrer Bezüge

in einen Unterstützungsfonds für unschuldig in Not Geratene einzuzahlen. Bisher wurde damit ca. 1800 Menschengeholfen. Auf die Frage, warum er dies tue, bekam ich zur Antwort: Ein Kommunist ist ein Humanist...

*Reinhold Peter Görschel, Graz*

### Risikoversicherung für Politiker

Als ich mein Haus baute, musste ich eine Risikoversicherung abschließen. Ich habe viele Jahre gezahlt. Vielleicht sollte es so etwas auch für Politiker geben: Eine Risikoversicherung, die bei politischen Fehlentscheidungen den Schaden für die Bevölkerung abdeckt. Heute kann man zwar alles versichern, ich fürchte so eine Versicherung gibt es nicht.

*Hr. Axentonicz, Graz*

## GASTKOMMENTAR der Bürgerinitiative „Grünraumerhaltung rund um die Grazer Messe“

# Klein-Manhattan in Graz-Jakomini

Wollen sich Politiker in Graz mit besonderen Lorbeeren schmücken, so erwähnt man das Graz der 70er und 80er Jahre. Gern wird auch das Büro für Bürgerinitiativen genannt, das direkte Bürgerbeteiligung an politischen Prozessen erstmals ermöglichte.

Auch heute ist Graz noch eine Stadt der Bürgerinitiativen. Derzeit sind allein auf der Homepage des BürgerInnenbüros 40 gemeldet. Dies aber nicht, weil Bürgerinitiativen ein Pflaster für Hobbypolitiker und Alles-Besser-Wisser sind, sondern weil viele unserer Politiker leider vergessen haben, das Volk, für das sie entscheiden, auch nach seinem Willen zu fragen. So ist es zumindest bei der Bürgerinitiative „Grünraumerhaltung rund um die Grazer Messe“.

Von den meisten unbemerkt – weil in den Medien nicht zuletzt wegen Eigeninteresse verschwiegen – soll das riesige Areal Messe + Moserhofschlöbl + GSC-Platz + Fröhlichgasseparkplatz zugebaut werden: 6- bis 8-stöckige Bauten im Stile der 60er Jahre mit sogar überschrittener maximaler Bebauungsdichte, einige Hochhäuser (vorstellbar wie das

Hochhaus in der Elisabethstraße), unklare Zufahrtsstraßen, aber doch im Wesentlichen über die C.v.-Hötzendorfstraße (wo es sich sowieso immer staut), unklare Parkmöglichkeiten! Das Problem „Stadhalle“ mit Veranstaltungen wird komplett negiert.

- Das Areal mit dem Moserhofschlöbl wurde bereits von der GRAWE konkret verplant und soll bestpreisbringend für Büro- und Wohnbau dienen.
- Bebauungsplan gibt es nur für kleine Teile, weil es angeblich keinen gesamten geben muss - wieso eigentlich? Schließlich handelt es sich um ca. 18.000 m<sup>2</sup> Grundfläche (= 30.000 m<sup>2</sup> Geschäftsfläche)
- Denkmalschutz, Ensemble-schutz, Altstadterhaltungsgesetz? Alles hier nicht wirksam!

### Unterstützen Sie uns!

Wir wollen weder die gewählten Politiker ersetzen noch Unmöglichkeiten fordern. Wir wollen einzig und allein eine lebenswerte Stadt erhalten.

Hunderte GrazerInnen haben bereits unsere Bürgerinitiative



### Diskutieren Sie mit: Bebauungsplan

unterschrieben. Unterschreiben auch Sie!

Näheres finden Sie auf der Homepage des BürgerInnenbüros [www.graz.at](http://www.graz.at) (Bürgerinitiativen) Die zukünftige Planung kann bis am 22.9.05 im Stadtplanungsamt eingesehen werden. Einsprüche gegen dieses Vorhaben können

ebenfalls bis zum 22. 9. eingegeben werden (kostenlos!).

Information unter Monika Michalek, Fröhlichgasse 21, Tel. 91-45-81.

*Monika Michalek und Mag<sup>a</sup>. Eva Mileder, Bürgerinitiative „Grünraumerhaltung rund um die Grazer Messe“.*

### BEZIRK JAKOMINI

#### Informationsveranstaltung zum Bebauungsplan „Münzgrabenstraße – Jakominigürtel – Moserhofschlöbl“

Der zuständige Stadtrat, Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüsich, Fachbeamte sowie Vertreter des Bauherrn werden anwesend sein.

**Montag, 19. September 2005, 19.00 Uhr**

**Borg Monsbergergasse 16, Festsaal**

Besuchen Sie diese Veranstaltung, es geht um Ihre Umgebung.

*Da weiß man,  
was man wählt.*

**kaltenegger**  
KPO

Homepage u.d.L. Inhalt verantwortlich: Ernst Kaltenegger, KPO, 8020 Graz, Druck: Dreieckhaus Thaleshof, Foto: Fungler <http://kaltenegger.kpoe.at>

Liste 5



**KPO**